

BRONSKIS WOCHE

Mailkontakte mit Protagonisten (m) der AfD können unangenehm werden. Zwar mailt man sich eigentlich, um sich auszutauschen. Nicht so die AfD-Leute: Die haben immer recht. Offenbar fühlen sie sich permanent untergebuttert. Zumindest ist das die Haltung, mit der ich es in dieser Woche vermehrt zu tun bekam. Was vielleicht kein Wunder ist, da ich im FR-Blog eine Diskussion zur AfD aufgemacht hatte. Wenn Sie reinschauen wollen: frblog.de/sonneberg

Konkret ging es in diesem Mailverkehr um das Thema Parteiverbot. Das sei eigentlich eher à la SED-Diktatur, schrieb mir ein Kreisrat, AfD, gewählt, der mir meine Meinung absprach: Er sei immerhin demokratisch gewählt, ich hingegen nicht, obgleich Medienvertreter. Ich solle lieber still sein.

Mal abgesehen davon, dass ich nicht demokratisch gewählt sein muss, um eine Meinung haben zu dürfen, sind meine Meinungen immer zur Diskussion gestellt. Im FR-Blog. Da können alle was dazu sagen. Für AfD-Positionen gilt das nicht. Die dulden in der Regel keinen Widerspruch. Darüber hinaus leben wir mit dem fast absurden Widerspruch, dass es in diesem Land möglich ist, antidemokratische Parteien demokratisch zu wählen.

In einer Zeit, in der immer weniger Menschen Wert darauf legen, sich unabhängig zu informieren, ist eine Seite wie diese, die Forum-Seite Ihrer FR, inzwischen fast ein Relikt, ein Fossil. Zum Glück gibt es noch genug Menschen, die sie mit Leben erfüllen. Mit Meinung. Auch Sie. Danke dafür. Wir lesen uns. Ihr Bronski



Wenn Du ein Löwe wärst

„Ich hab den Löwen“, schreibt mir Enrico W. Arndt aus Heidelberg und bezieht sich auf die Berliner „Löwenjagd“. Er ist ein Held! Dabei erscheint es nur naheliegend, dass derzeit auch Löwen Abkühlung suchen. Wo sollte man also als erstes nachschauen?

ENRICO W. ARNDT

Schneller als befürchtet

Klimawandel: „Schmutziges Erdgas aus Übersee“, FR-Politik vom 13. Juli

Methan ist ein Gas neben CO₂ und anderen Gasen, das in der Atmosphäre zum Klimawandel beiträgt. Methan soll ungefähr 28-mal so schädlich sein wie CO₂. Methan entsteht auch in Reisfeldern oder in Verdauungsprozessen von Schafen und Kühen. Das Methan, das durch die weltweiten Reisfelder gebildet wird, macht 20 Prozent der schädlichen Umweltgase aus.

Es ist ein Hauptbestandteil von Erdgas und damit eine wichtige Energiequelle. Es wird durch Pipelines und Tankschiffe zu den Verarbeitungs- und Verbrauchsorten befördert. Es kann auch als Chemierohstoff für verschiedene Produkte verwendet werden. Wenn man den Kampf gegen den Klimawandel ernst meint, sollte man es aber in ganz kurzer Zeit nicht mehr dafür benutzen und durch erneuerbare Energien ersetzen.

CO₂ wird durch Verbrennen von Holz, Kohle, Erdöl, Treibstoffe und Verpackungen aus Karton oder Papier freigesetzt, in denen es in Jahrhunderten, Jahrtausenden durch biologische Prozesse gespeichert und damit der Umwelt entzogen worden war. Das hat Leben auf der Erde für andere Lebewesen ermöglicht. Das CO₂-Gas kann auch dadurch entstehen, dass Moore trockengelegt werden oder Permafrostböden auftauen, wie in Sibirien.

Diese beiden Gase sind die Hauptursache des Klimawandels. In Paris hat ein UNO-Gremium vor einigen Jahren beschlossen, die Erderwärmung sollte auf 1,5 Grad C begrenzt werden. For-

scher waren erschrocken, dass ihre pessimistischsten Vorhersagen aktuell schon weit übertroffen sind. Arktis, Grönland, Antarktis, Gletscher in allen Hochgebirgen der Welt und Permafrostböden – zum Beispiel in Sibirien – sind erheblich schneller geschmolzen, als befürchtet. Aus den aufgetauten Böden in Sibirien strömt unaufhaltsam Methan in die Atmosphäre.

Selbst wenn alle Länder beschließen würden, ab morgen keine Treibhausgase mehr in die Atmosphäre zu lassen, kann man die jetzt zusätzlich freigesetzten CO₂- und Methangase nicht daran hindern, in die Atmosphäre aufzusteigen und die Temperatur weiter aufzuheizen. Außerdem dauert es mindestens 50 Jahre, bis die bislang produzierte Gasmenge in die Atmosphäre aufgestiegen ist. Erst danach würde die Erdtemperatur eventuell nicht mehr weiter steigen. Das sind mindestens zwei Generationen.

Es ist schon lange nicht mehr fünf Minuten vor zwölf, es ist mindestens 15 Minuten nach drei. Der Klimawandel ist unumkehrbar. Die Bundesrepublik wird sich wohl nicht am Kampf gegen den Klimawandel beteiligen, wenn sich die Ampelkoalition schon jetzt noch nicht mal auf ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen einigen kann. Diese Maßnahme würde überhaupt keine Kosten verursachen, außer für ein paar neue Schilder. Im Gegenteil, es würde eine große Menge CO₂ einsparen.

Wolfgang Seelig, Dietzenbach

Sieht so der Schutz der Menschenrechte in der Europäischen Union aus?

Zu: „In die Wüste geschickt“, FR-Titel vom 1. Juli, und „Scharfe Kritik an Angriff auf Asylrecht“, FR-Politik vom 19. Juli

Für das Asylrecht gilt die Ewigkeitsgarantie

Herr Frei von der CDU steht mit seiner Überlegung, das „individuelle Grundrecht auf Asyl abzuschaffen“, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Als Jurist weiß er das, oder er ist ein schlechter Jurist. Es ist also eine populistische Forderung. Das in Art. 16 garantierte Asylrecht ist Teil des Grundrechtskatalogs. Es ist in den 90er Jahren eingeschränkt worden – schlimm genug, aber „in seinem Wesensgehalt“ fällt es unter die „Ewigkeitsgarantie“ des Grundgesetzes nach Art. 79. Herr Söder merkte zwar an, eine Gesetzesänderung sei nicht so schnell umsetzbar; jedoch ist eine solche Abschaffung eines Grundrechts schlechthin unmöglich, solange das Grundgesetz gilt.

Almut Mezger, Darmstadt

Es gibt bereits erfolgversprechende Ansätze

Eine große Gruppe verantwortungsvoller Bürger hat gerade in einem offenen Brief an unsere Politiker festgestellt, dass wir nach dem Grundgesetz verpflichtet sind, Menschen in Not Asyl zu gewähren. Wie schon viele Bürger vor ihnen stellen sie fest, dass bisher offensichtlich weder die EU

noch unser Land rechtlich und menschlich vertretbare Maßnahmen zur Bewältigung dieses Problems getroffen haben. Wir benötigen daher dringende Ansätze für Lösungen, die mehr aufzeigen als immer höhere Absperrungen und zweifelhafte Millionenzahlungen an Staaten, die dafür die Flüchtlinge schon an ihren Grenzen zurückschicken sollen – alles schon im Ansatz ohne Erfolgsaussicht.

Doch es gibt erfolgversprechende Ansätze, die durchaus machbar und von einer insgesamt so wohlhabenden Staatengruppe wie der EU finanziell zu stemmen und auch zu organisieren sind. So könnte die EU selbst nach entsprechenden Verhandlungen in dazu bereiten Ländern wie Tunesien, Libyen, Algerien und auch in Griechenland, Italien und Spanien menschenwürdige Aufnahmehäuser errichten und deren Unterhaltung und Sicherheit finanzieren. Das kann funktionieren, wenn zuerst vielleicht auch nur wenige der Aufnahmeländer mitmachen. Die Beispiele werden wirken. Die EU vereinbart dafür mit dazu bereiten Mitgliedsländern die Entsendung von Fachkräften, die bereits in den Aufnahmehäusern Asylanträge prüfen und bewilligen. Jeder Flüchtling wird dort zuerst in ein EU-Register aufgenommen. Entsprechend

seiner von qualifiziertem Personal festgestellten Eigenschaft erhält er ein Dokument, das ihn entweder als Asylant (eventuell sogar als Fachkraft) ausweist mit der Berechtigung, auf Kosten der EU in ein Mitgliedsland zu reisen. Ohne dieses im Register nachweisbare Dokument wird kein Flüchtling die Grenze eines EU-Landes überschreiten, ohne umgehend zurückgewiesen zu werden. Auf einen ersten Ansturm müssen die Lager gewappnet sein. Sobald sich die Sache mit den Dokumenten herumgesprochen hat, wird sich das allerdings ändern. Für die Bundesrepublik können im geplanten Einwanderungsgesetz Regelungen getroffen werden. Auch wenn eine solche Lösung nicht das Gelbe vom Ei ist; warum wird sie in dieser oder ähnlicher Form nicht aufgegriffen? Wenn wir nicht menschlich wie rechtlich vertretbare, aber wirkungsvolle Instrumente finden, werden wir trotz aller Versuche zur Abschottung eines Tages von einem Tsunami an Flüchtlingen überrollt.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

Niemand hat die Absicht, trotzdem geschieht es

Auf kargem Wüstenboden liegen ausgemergelte Menschen. Sie haben kein Wasser und keine Le-

bensmittel. Versuchen verzweifelt, ihre Köpfe mit Kleidungsstücken vor der sengenden Sonne zu schützen. Aufgenommen wurde dieses in der FR am 18.7. auf der Titelseite gedruckte Bild in der tunesischen Wüste. Diese Menschen sind mutmaßlich von tunesischem Militär dorthin verschleppt und dort auf sich allein gestellt gelassen worden. Und zwar unmittelbar nachdem die Friedensnobelpreisträgerin Europäische Union 900 Millionen Euro für ein Grenzabkommen mit Tunesien in Aussicht gestellt hat. Sieht so der Schutz der Menschenrechte in der EU aus?

Der deutsche Diktator Walter Ulbricht sagte einmal: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.“ Die nächsten knapp drei Jahrzehnte schossen DDR-Grenzer dann auf jene, die die Mauer überwinden wollten, weil sie frei sein wollten. Niemand hat die Absicht, die Menschenrechte mit Füßen zu treten. Niemand hat die Absicht, Menschen verdursten oder ertrinken zu lassen. Niemand hat die Absicht zu foltern. Und doch geschieht es. Hier und heute und im Namen der Europäischen Union. Warum?

Juli 1938. Konferenz von Évian. Wie sollten die gutwilligen Staaten umgehen mit all den Juden, die an Leib und Leben be-

droht waren durch das nationalsozialistische Terrorregime? Die später zu Millionen vergast und erschossen und verbrannt wurden. Die Zeitzugin und spätere israelische Ministerpräsidentin Golda Meir berichtete: „Dazusitzen, in diesem wunderbaren Saal, zuzuhören, wie die Vertreter von 32 Staaten nacheinander aufstehen und erklärten, wie furchtbar gern sie eine größere Zahl Flüchtlinge aufnehmen würden und wie schrecklich leid es ihnen tue, dass sie das leider nicht tun könnten, war eine erschütternde Erfahrung. Ich hatte Lust, aufzustehen und sie alle anzusprechen: Wisst ihr denn nicht, dass diese verdammten ‚Zahlen‘ menschliche Wesen sind, Menschen, die den Rest ihres Lebens in Konzentrationslagern oder auf der Flucht rund um den Erdball verbringen müssen wie Aussätzige, wenn ihr sie nicht aufnehmt?“

„Wie furchtbar gern sie eine größere Zahl Flüchtlinge aufnehmen würden und wie schrecklich leid es ihnen tue, dass sie das leider nicht könnten“ – Umstände halber. Kein Platz, keine Zeit, keine Lust, vielleicht irgendwann mal, wenn bessere Zeiten sind ... Das war damals so dramatisch falsch, wie es heute falsch ist und morgen und immer.

Ralf-Michael Lübbers, Marienhafen